

SPD-Kreistagsfraktion Emsland

2016-2011

Inhalt

2016.....	3
LETZTE SITZUNG DER ALTEN KREISTAGSFRAKTION.....	3
SPD KREISTAGSFRAKTION EMSLAND BESUCHT DEN VEREIN „LEUCHTTURM“	4
SPD KREISTAGSFRAKTION EMSLAND BESUCHT DEN VEREIN „LEUCHTTURM“	5
1. MAI – TAG DER ARBEIT	6
WIR TRAUERN UM MANFRED VAN BERKUM.....	7
2015.....	8
SPD-KREISTAGSFRAKTION BEGRÜSST DEN ANTRAG FÜR DAS FÖRDERPROGRAMM „BILDUNG INTEGRIERT“	8
SPD-KREISTAGSFRAKTION FÜR ERHÖHUNG DER BÜCHEREIFÖRDERUNG 2016 ...	9
INTEGRATION IN ARBEIT IST EINE ZENTRALE AUFGABE.....	10
WEGEKONZEPT CLEMENSWERTH: LANDKREIS BEWEGT SICH.....	12
BAHNSTATION GEESTE FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM ANGEMELDET	13
DROHENDE KÜNDIGUNG DES BETRIEBSRATS-VORSITZENDEN DER MEYER- WERFT	14
SPD-KREISTAGSFRAKTION FÜHRT IN BRÜSSEL GESPRÄCHE	15
SPD-KREISTAGSFRAKTION UNTERSTÜTZT DIE IGS LINGEN.....	16
SPD-KREISTAGSFRAKTION STIMMT FÜR DEN MASTERPLAN-EMS.....	17
ANTRAG DER CDU-KREISTAGSFRAKTION IST AN SCHEINHEILIGKEIT NICHT ZU ÜBERBIETEN.....	18
2014.....	20
EISENBAHNSTRECKE LATHEN – WERLTE MILLIONEN FÜR EINE STRECKE, DIE KEINER VERMISST?.....	20
SPD-KREISTAGSFRAKTION EMSLAND FORDERT: WEG MIT DEN CSU- MAUTPLÄNEN!.....	22
NAHVERKEHRSPLAN 2014 NENNT KEINE KONKRETEN ZIELE	23
KOMMUNEN FORDERTEN 5% PUNKTE – UND SCHWEIGEN.....	24
CDU BETREIBT PANIKMACHE.....	25
BELASTUNG DES MEPPENER GRUNDWASSERS DURCH TRICHLORETHEN – KREISINITIATIVE ZUR ERHALTUNG DER ARTENVIELFALT	26

HAUSHALTSKLAUSUR DER SPD-KREISTAGSFRAKTION	27
SENKUNG DER KREISUMLAGE	29
LÜCKENSCHLUSS IM RADWEGENETZ.....	30
SPD-KREISTAGSFRAKTION FORDERT AUFKLÄRUNG	31
2013.....	33
SENKUNG DER KREISUMLAGE	33
GEHEIMNISKRÄMEREI DES LANDKREISES	33
SOZIALCHARTA FÜR WERKVERTRAGSARBEITER KEINE AUSREICHENDE LÖSUNG.....	34
BÖDEN IM EMSLAND: KEINE BELASTBAREN UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE!	35
2012.....	37
ROSINENPICKEREI VERHINDERT	37
MANGELHAFT GRENZÜBERSCHREITENDE BETEILIGUNG BEIM BAU VON HÄHNCHENMASTANLAGEN?.....	38
E 233 – DREI ANSCHLUSSSTELLEN FÜR MEPPEN	39
KULTUR- UND MEDIENPOLITIK STANDEN IM MITTELPUNKT	40
MINISTERIN ÖZKAN WAR AM FALSCHEN ORT.....	41
DIE SCHLAGZEILE DER WOCHE	42
NATUR- UND UMWELTSCHUTZ IM LANDKREIS EMSLAND – WAS MUSS GETAN WERDEN?	42
ANTEIL DER UNGELERNTEN AN DER ERWERBSBEVÖLKERUNG MUSS NACHHALTIG GESENKT WERDEN	43
KÜRZUNG DER GELDMITTEL BEI DER EINGLIEDERUNGSHILFE	44
2011.....	45
KREISTAGSFRAKTION EHRT AUSSCHIEDENDE MITGLIEDER UND DEN LANDRATSKANDIDATEN.....	45
WIE GEHT ES WEITER MIT DER TRANSRAPID VERSUCHSANLAGE.....	46
VERHALTEN DES UBF UND DER UWG IST UNANSTÄNDIG	47
KARIN STIEF-KREIHE ZUR FRAKTIONS-VORSITZENDEN WIEDERGEWÄHLT	48

2016

am 21. Oktober 2016, 10:09 Uhr

LETZTE SITZUNG DER ALTEN KREISTAGSFRAKTION

Karin Stief-Kreihe begrüßte die alte Kreistagsfraktion der SPD im Kolpinghaus Meppen zur letzten Sitzung der ablaufenden Wahlperiode. Im Mittelpunkt standen die Beratungen der letzten Ausschusssitzungen in der zu Ende gehenden Wahlperiode.



v.l. Peter Raske, 4.v.l. Heinz Schwarte, v.r. Dr. Bernhard Bendick, Georg Berenzen und Peter Kramer fehlen auf dem Bild

-

Die Betrachtung der Kommunalwahlergebnisse vom 11. September 2016 führte zu der Überzeugung, dass die politische Arbeit, ausgerichtet an Sachthemen, in den folgenden fünf Jahren nicht einfacher werden wird. „Es kann nur eine sachorientierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen im neuen Kreistag vertretenen Fraktionen die Bürgerinnen und Bürger von unserer Arbeit überzeugen“, so das Fazit der alten wie auch neuen Fraktionsvorsitzenden Karin Stief-Kreihe.

Ihren Dank an die ausscheidenden Fraktionsmitglieder, Dr. Bernhard Bendick, Georg Berenzen, Peter Kramer, Peter Raske und Heinz Schwarte, machte Stief-Kreihe an der geleisteten Arbeit der fünf Ausscheidenden fest. Sie machte deutlich, dass gerade die langjährige Erfahrung der alten Fraktionsmitglieder fehlen werde. „Wir wollen mit der Geschlossenheit unserer Fraktionsarbeit im neuen Kreistag fortfahren und bauen auf die weitere Zusammenarbeit und die Erfahrungen der ausscheidenden Mitglieder“, so Stief-Kreihe in ihren abschließenden Worten.

am 03. Juli 2016, 10:09 Uhr

SPD KREISTAGSFRAKTION EMSLAND BESUCHT DEN VEREIN „LEUCHTTURM“

Der im Jahr 2008 gegründete Verein "Leuchtturm", ein Kinder- und Jugendhaus in Emmeln, war das Ziel eines Informationsbesuchs der SPD Kreistagsfraktion Emsland.



Die SPD Kreistagsfraktion besucht den Verein „Lotse“. Bild: Tobias Böckermann

-

Bei der Vorstellung ihres Konzeptes betonten Christa und Georg Berenzen ihr oberstes Prinzip bei der Arbeit mit den bei ihnen untergebrachten Kindern und Jugendlichen. Die Achtung der Menschenwürde und eine christlich-ethische und humanistische Grundeinstellung, ist die ihre Arbeit tragende Säule.

Das Angebot für die mittlerweile in vier Häusern untergebrachten Kinder und Jugendlichen soll ihnen eine Weiterentwicklung bieten, die in ihren Herkunftsfamilien nicht oder nicht mehr im gebotenen Umfang möglich war.

Der „Leuchtturm“ soll dabei für die Kinder und Jugendlichen für eine begrenzte Zeit zu einem vertrauten Heim werden, in dem sie gefördert und versorgt werden und die nötige Betreuung erfahren.

Wie der Verein sich weiterentwickelt hat, zeigt das Engagement an Harener Schulen. Der Verein übernimmt hier die Versorgung der Schüler mit einem vor Ort selbst zubereiteten Mittagessen. Seit dem Jahr 2015 bietet der Verein eine systematische Familienberatung, die ratsuchenden Familien bei der Bewältigung schwieriger Situationen helfen soll.

Neben den in erster Linie aus dem Emsland stammenden Kindern, werden von dem Verein auch minderjährige Flüchtlinge betreut.

Wichtig für den Erfolg ihrer Arbeit, so Christa und Georg Berenzen ist die Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Jugendamt des Landkreises während und nach der Betreuungsphase der Kinder und Jugendlichen.

Die Mitglieder der SPD Kreistagsfraktion zeigten sich in der Diskussion beeindruckt von dem Konzept des Vereins und der Weiterentwicklung des Engagements für die Kinder und Jugendlichen.

am 24. Mai 2016, 10:09 Uhr

[SPD KREISTAGSFRAKTION EMSLAND BESUCHT DEN VEREIN „LEUCHTTURM“](#)

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich auf Grund der Diskussionen über die zukünftige Erdölförderung im Emsland über dieses Thema informiert.



SPD-Kreistagsfraktion

-
Vor ihrer Sitzung im Erdöl-Erdgasmuseum Twist, führten die Mitglieder des Kreistages ein Gespräch mit der Referentin Unternehmenskommunikation Annika Richter und dem Projektleiter Seismik, Dr. Matthias Körbe, von der Firma Engie E&P Deutschland, Lingen.

Die Untersuchung der alten Erdölfelder im Emsland mit der 3-D-Seismik Technik, so die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe, war Anlass für die SPD-Kreistagsfraktion dieses Informationsgespräch zu führen.

Diese Technik, erklärte Körbe, macht viel genauere Untersuchungen über die Struktur der Erdöllagerstätten möglich als das in der Vergangenheit der Fall war.

Mit Hilfe der Ergebnisse können Bohrungen sehr genau erfolgen, um das Verfahren der Dampfinjektion gezielt einzusetzen.

Richter betonte, dass im Informationsaustausch mit der Bevölkerung und der Abstimmung mit den Behörden die Messkampagnen durchgeführt wurden.

Die Frage, ob im Rahmen einer intensiveren Ölförderung die Technik des Frackings zum Einsatz kommt, verneinte Körbe. Die Zukunft bzw. die Wirtschaftlichkeit der Erdölförderung ist allerdings auch vom Ölpreis abhängig, betonten die Unternehmensvertreter.

am 01. Mai 2016, 10:09 Uhr

1. MAI – TAG DER ARBEIT

Der Kampf für gute Arbeit am 1. Mai ist immer noch dringend notwendig. Denn trotz wichtiger Fortschritte – wie zum Beispiel dem Mindestlohn – müssen wir in vielen Arbeitsbereichen und Branchen weiter für bessere und menschlichere Arbeitsbedingungen eintreten



-

Der Mindestlohn ist nur der Anfang. Es muss auch immer wieder daran erinnert werden, dass die Bundestagsabgeordnete unserer Region, Gitta Connemann, im Bundestag voller „Stolz“ gegen den Mindestlohn gestimmt hat, da angeblich dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden. Die bisherigen Ergebnisse und die Arbeitslosenstatistik zeigen deutlich, das war nur Angstmacherei gegen die Interessen der Arbeitnehmer.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften. Denn wir wissen: Gute Arbeit verbindet. Gemeinsam gehen wir auf die Straße, besuchen die Maikundgebungen, weil wir wollen, dass dem Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen ein Ende bereitet wird. Wir demonstrieren am 1. Mai für gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, Mitbestimmung im Betrieb und mehr Zeit für Familie.

am 26. April 2016, 10:09 Uhr

WIR TRAUERN UM MANFRED VAN BERKUM



Wir trauern um Manfred van Berkum

Heute verstarb nach schwerer Krankheit unser langjähriger politischer Weggefährte Manfred van Berkum im Alter von 65 Jahren. Manfred war neben zahlreichen politischen Funktionen 10 Jahre Mitglied des emsländischen Kreistages. Er war in den letzten Jahren Mitglied im Schulausschuss und im Ausschuss für Jugendhilfe und Sport. Er vertrat stets engagiert die Interessen der Menschen in seiner Heimatgemeinde Lathen und des Landkreises Emsland. Wir werden seine ruhige und verlässliche Arbeit in unserer Fraktion sehr vermissen.

2015

am 28. November 2015, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION BEGRÜSST DEN ANTRAG FÜR DAS FÖRDERPROGRAMM „BILDUNG INTEGRIERT“

Der Landkreis Emsland will sich an einem Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beteiligen. Es unterstützt Kommunen bundesweit beim Aufbau eines professionellen datenbasierten Bildungsmanagements. Mithilfe eines professionellen Bildungsmonitorings sollen Kommunen das nötige Rüstzeug erhalten, um fundierte bildungspolitische Entscheidungen treffen zu können.

-

Mit dem Antrag für die Teilnahme am Förderprogramm kommt der Landkreis der Forderung der SPD-Kreistagsfraktion nach einer Bildungsplanung entgegen. Das Kommunale Bildungsmanagement soll es ermöglichen, systematisch Entwicklungen im Bildungsbereich zu erkennen, auszuwerten und darüber zu informieren, um auf einer fundierten datenbasierten Grundlage bildungspolitische Entscheidungen treffen zu können – eine Forderung, die die SPD-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder erhoben hat.

Die Ergebnisse sollen in einen Bildungsbericht eingehen, um auf verlässlicher Grundlage eine breite öffentliche Diskussion über die Bildungspolitik im Emsland anzustoßen. Zuletzt hatte die SPD-Kreistagsfraktion diese Diskussion über die Weiterbildung im Kulturausschuss angestoßen.

Darüber hinaus soll das Bildungsmonitoring zur Kontrolle der bisher getätigten Maßnahmen führen, um Chancen, Bedarfe und Problemstellungen genau auszumachen und um konkrete Handlungsempfehlungen für positive Veränderungen vor Ort vorzubereiten. Davon verspricht sich die SPD-Kreistagsfraktion den Einstieg des Landkreises in die Förderung der Weiterbildung zum Beispiel bei den Volkshochschulen.

Mit dem Förderprogramm erreicht der Landkreis u.a. den Aufbau einer kommunalen Bildungsplanung und Erhöhung der Bildungsqualität und Bildungsbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger und deren gesellschaftlicher Teilhabe, die Ausschöpfung der Potenziale in der Weiterbildung sowie Förderung und Unterstützung des lebenslangen Lernens.

am 01. November 2015, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION FÜR ERHÖHUNG DER BÜCHEREIFÖRDERUNG 2016

Die SPD-Kreistagsfraktion sieht die Notwendigkeit, die festen Sockelbeträge für die Zentralbüchereien in Lingen, Meppen und Papenburg in Höhe von jeweils 25.000 € für 2016 statt 20.000 € zu erhöhen. Somit müsste der Landkreis Finanzmittel in Höhe von 265.000 € statt 250.000,00 € für die Büchereiförderung in den Haushalt 2016 des Landkreis einstellen.



Peter Raske

-

Somit könnten sie ihren Auftrag, als niedrigschwellige Bildungseinrichtungen für alle sozialen Schichten und für alle Altersstufen Lesekompetenz, Informationsvermittlung und Medienkompetenz zu gewährleisten, besser nachkommen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die geplante Ausweitung der Ausleihförderung auf Notensammlungen für den Musikunterricht. Da nicht alle im Vorfeld angesprochenen ehrenamtlich geleiteten Büchereien von der Möglichkeit des Einstiegs in die e-Ausleihe mit einer Anschubfinanzierung durch den Landkreis Emsland Gebrauch gemacht haben, werden für das Haushaltsjahr 2015 voraussichtlich Finanzmittel in Höhe von rd. 37.000,00 € eingespart. Der Kulturausschuss soll auf seiner Sitzung am 05.11.2015 beschließen, diese eingesparten Mittel für die Anschaffung von Notensammlungen für den Musikschulunterricht in ausgewählten Büchereien zu verwenden.

Beliebte Stücke, die Musikschüler/innen zum Erlernen eines Instrumentes gern einstudieren möchten, sind häufig nur in zumeist recht kostenintensiven urhebergeschützten Notensammlungen verfügbar. Bibliotheken könnten beliebte Notensammlungen zur Ausleihe und somit kostengünstig anbieten. Mit der Ausleihe erhalten Schüler auf legalem Weg immer wieder neue Stücke zum Erlernen des Instrumentes.

Außerdem erreichen die Bibliotheken so die für sie interessante Zielgruppe von Kindern etwa im 3./4. Schuljahr besser.

am 27. Oktober 2015, 10:09 Uhr

INTEGRATION IN ARBEIT IST EINE ZENTRALE AUFGABE

Die SPD-Kreistagsfraktion sieht neben der Bereitstellung von Wohnraum und der Sprachförderung für Flüchtlinge zunehmend die Notwendigkeit der Integration in Arbeit als zentrale Aufgabe bei der Lösung des Flüchtlingsproblems. Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion und der Stadtratsfraktion ließen sich deshalb von dem Leiter der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung Rudolf Sievers über die Maßnahmen und die Erfahrungen der Integration von Flüchtlingen in Arbeit in Papenburg informieren.



von li.nach re. Rudolf Sievers, Jürgen Broer, Willi Jansen, Peter Raske, Ludger Husmann, Maureen Bamming, Andrea Kötter, Karin Stief-Kreihe, Peter Kramer, Dorothea Schmidt

-
Wichtige Voraussetzung für die Integration in Arbeit sind Sprachkenntnisse und Mobilität. Ohne ein Mindestmaß an Deutschkenntnissen fällt eine Integration in Arbeit schwer. Deshalb wird in Papenburg auch großer Wert auf Sprachkurse gelegt. Erste Maßnahmen zur Arbeitsintegration in Papenburg sind Betriebspraktika und 1-Euro-Jobs.

Eine Integration in den Arbeitsmarkt hängt auch ganz wesentlich vom Status der Flüchtlinge ab. Damit verbunden sind auch eine unterschiedliche Zuständigkeit der Behörden und unterschiedliche behördliche Fördermöglichkeiten. So lange Asylbewerber noch im Anerkennungsverfahren sind, ist die Agentur für Arbeit für die Beratung zuständig und die Kommune kann 1-Euro-Jobs finanzieren. Nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis wechseln die Flüchtlinge in die Zuständigkeit des Jobcenters. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt. Für die konkrete Arbeitsförderung spielt auch das Ausländeramt des Landkreises eine wichtige Rolle.

In Zukunft wird es deshalb immer dringender, dass sich die Akteure, seien es Arbeitsagentur, Jobcenter, Ausländerbehörde oder Unterstützungsorganisationen absprechen, bzw. gegenseitig informieren.

Rudolf Sievers betonte, dass sich durch Veränderungen in der Gesetzgebung ständig Neuerungen ergeben. So könnte es sein, dass durch das Asylbewerberbeschleunigungsgesetz und dadurch, dass die Flüchtlinge erst nach ihrer Anerkennung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in die Kommunen kommen, sie gleich in die Zuständigkeit des Jobcenters übergehen. Damit müssen sich die Flüchtlinge wie andere Hartz-IV-Empfänger auch selbstständig Wohnraum besorgen. Für diese anerkannten Flüchtlinge muss von den Kommunen keine Wohnung bereit gehalten

werden. Allerdings wird die Nachfrage nach Wohnraum steigen. Es ist daher dringend geboten in den Sozialen Wohnungsbau zu investieren. Ebenso fällt mit der Anerkennung auch die Residenzpflicht weg und damit könnten neue Wanderungsbewegungen beginnen. Mit dieser Problematik sollten sich die politischen Verantwortlichen nach Aussage von dem Papenburger Kreistagsabgeordneten Peter Raske schnellst möglich auseinandersetzen.

Insgesamt zeigte sich Rudolf Sievers optimistisch, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nach seiner Erfahrung haben über 50% der Flüchtlinge in Papenburg eine gute berufliche Qualifikation und sind hochmotiviert. „Da sich die Flüchtlingszahl ständig verändert, wird die SPD-Kreistagsfraktion weitere Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft, des Handwerks und Trägern von Integrationsmaßnahmen führen“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe.

am 07. Oktober 2015, 10:09 Uhr

WEGEKONZEPT CLEMENSWERTH: LANDKREIS BEWEGT SICH

SPD – Kreistagsfraktion begrüßt „Probeweg“ Überrascht, aber erfreut reagierten die Sozialdemokraten auf die Ankündigung des Landrats, nun doch vor Aufnahme der Restaurierungsarbeiten auf dem Schlossplatz in Clemenswerth zunächst eine „Referenzstrecke“ anzulegen, um die Tauglichkeit des Wegekonzeptes zu erproben.



-

In der Einwohnerfragestunde des Kreistages hatte der Landrat auf die Kritik der vorwiegend vom Hümmling angereisten Bürger mit diesem Versprechen reagiert. Auf Nachfrage des SPD-Kreistagsabgeordneten Heinz Schwarte aus Werlte bestätigte Winter noch einmal, dass man „natürlich“ zunächst eine kleines Teilstück anlegen werde, so dass jeder sich davon überzeugen könne, dass eine gute Lösung hinsichtlich der Berücksichtigung von Denkmalschutz und Barrierefreiheit gefunden werde. Die Kreistagsfraktion zeigte sich sehr erfreut über diese Ankündigung, verhehlte aber auch nicht ihre Verwunderung über diesen Schwenk, denn in 2 Sitzungen des Kulturausschusses in diesem Jahr hatte die Kreisverwaltung auf eine entsprechende Forderung der SPD ausweichend reagiert und keine Zusage gegeben. Auch einige Besucher waren überrascht und wiesen nach der Fragestunde darauf hin, dass man dieses Versprechen auch schon gern auf der Bürgerversammlung in Sögel gehört hätte. Zufrieden ist die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe auch über eine weitere Vereinbarung, die sie mit dem Landrat erzielen konnte: So wird die nächste Sitzung des Kultur- und Tourismusausschusses vorgezogen, um die Beratung über das Wegekonzept fortzusetzen und Fragen zu erörtern, bevor die Ausschreibungsunterlagen herausgegeben werden. Ursprünglich sollte schon jetzt im Herbst mit den Arbeiten begonnen werden. Die SPD hatte dem Wegekonzept 2013 insgesamt zugestimmt, aber schon damals darauf verwiesen, dass die Ausführungen der Verwaltung zum zentralen Schlossplatz, also dem Kern des Sanierungskonzeptes,

sehr „schwammig“ seien, weil man nur „weitestgehende“ Barrierefreiheit schaffen könne. Aus diesem Grund hatte die SPD-Fraktion auch eine Referenzstrecke gefordert. In den beiden letzten Jahren hatten sich Fachleute gemeldet, die sowohl die Denkmalswürdigkeit des Rundweges- erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts angelegt – als auch den Vorrang des Denkmalschutzes gegenüber der Forderung nach Barrierefreiheit in Zweifel zogen. Weiter gibt es immer mehr Bürger, die eine problemlose Begehbarkeit der Wege auch nach der Sanierung generell bezweifeln und gleichzeitig kritisieren, dass die sanierten Wege auch nicht für Rollatoren geeignet seien.

am 04. Oktober 2015, 10:09 Uhr

BAHNSTATION GEESTE FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONSPROGRAMM ANGEMELDET

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt, dass Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies den Bahnhof Geeste Bahnstationen für das vom Bund gestartete Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 - 2018 angemeldet hat. Das Investitionsprogramm in einem Gesamtvolumen von 50 Millionen Euro sieht den barrierefreien Ausbau von kleinen Bahnhöfen mit unter 1.000 Ein- und Aussteigern vor.



Peter Kramer

„Mobilität ist ein Stück Lebensqualität“; betont SPD-Kreistagsmitglied Peter Kramer. Im Rahmen des Bahnhofsmodernisierungsprogramms „Niedersachsen ist am Zug III“ wurde schon viel im Bereich barrierefreie Mobilität auf den Weg gebracht. Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD-Kreistagsfraktion, dass der Bund nun Geld für den barrierefreien Ausbau von kleinen Stationen mit unter 1.000 Ein- und Aussteigern bereitstellt. Das Land schlägt neben Geeste 19 Verkehrsstationen vor in einem Gesamtinvestitionswert von rund 30 Mio. Euro. Die Kosten der Modernisierung werden zu 100 Prozent von Bund und Land übernommen. Von den Kommunen wird keine Mitfinanzierung erwartet. Wichtig ist jetzt, dass die Bahn in die Lage versetzt wird, dieses Programm schnell und zügig abzuarbeiten. Die Entscheidung, welche Stationen nun im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms umgesetzt werden, trifft der Bund. Die Landesregierung hat jedoch die Zusage vom Bund, dass alle gemeldeten Stationen auf eine Umsetzung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms geprüft werden, und wird zeitnah in die Umsetzung gehen.

am 21. September 2015, 10:09 Uhr

DROHENDE KÜNDIGUNG DES BETRIEBSRATS-VORSITZENDEN DER MEYER-WERFT

SPD verlangt sofortige Einstellung des Verfahrens gegen den Betriebsratsvorsitzenden.

Gemeinsame Erklärung von Europa-, Bundes-, Landes- und Kreispolitikern /Meyer soll zur Sozialpartnerschaft zurückkehren Papenburg. In einer gemeinsamen Stellungnahme verurteilen SPD-Politiker die beabsichtigte fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden der Papenburger Meyer-Werft, Ibrahim Ergin. Die Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Johanne Modder, Europaabgeordneter Matthias Groote, die Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff und Markus Paschke, die Landtagsabgeordneten Hans-Dieter Haase, Wiard Siebels und Holger Heymann, der Leeraner SPD-Kreisvorsitzende Sascha Laaken, die SPD-Kreisvorsitzende Emsland Andrea Kötter, die SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Emsland Karin Stief-Kreihe, der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Leer Horst Kuhl und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerd Will aus Nordhorn, erklären gemeinsam: „Wir verlangen, dass die Werftleitung die beabsichtigte Kündigung ohne Wenn und Aber zurücknimmt. Die Gründe sind nach vorliegenden Informationen an den Haaren herbeigezogen. Betriebsratsvorsitzender Ibrahim Ergin hat unsere uneingeschränkte Solidarität, ebenso seine Familie und der gesamte Betriebsrat der Meyer-Werft. Wir halten es für fragwürdig, dass die Werftleitung die Dienste des Anwalts Helmut Naujoks aus Düsseldorf in Anspruch nimmt, der einen umstrittenen Ruf als Entlassungsanwalt hat.

Die Meyer-Werft pflegt seit Generationen eine vorbildliche Sozialpartnerschaft mit der Belegschaft. Das ist seit der jüngsten Entscheidung, den Werftsitz nach Luxemburg ohne Rücksprache zu verlegen, und durch die drohende fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden offensichtlich vorbei. Wir fordern die Werftleitung auf, das Betriebsverfassungsgesetz wieder ernst zu nehmen und zu der bisher erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat, IG Metall und Geschäftsführung zurückzukehren. Dort heißt es unmissverständlich: ‚Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten vertrauensvoll ... zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen‘.

am 13. Juli 2015, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION FÜHRT IN BRÜSSEL GESPRÄCHE

Die SPD-Kreistagsfraktion führte in Brüssel mit dem Europaabgeordneten Matthias Grote und Vertretern der Niedersächsischen Landesvertretung Gespräche über emsländische Projekte.



Die SPD-Kreistagsfraktion mit Matthias Grote

Auf dem Programm stand außerdem ein Besuch im Plenum des Europaparlamentes. Hektik herrschte rings um das Europaparlament, da zur gleichen Zeit zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Euro-Länder über mögliche Finanzhilfen für Griechenland stattfanden.

Hauptthema bei dem Gespräch mit Matthias Grote war der Masterplan Ems 2050. Die emsländische SPD-Kreistagsfraktion hält den jüngst verabschiedeten Masterplan für einen Durchbruch zur Sanierung der Ems und zur Sicherung der Meyer-Werft. Das unterstrichen die Abgeordneten unter Leitung ihrer Vorsitzenden Karin Stief-Kreihe. Die jüngsten Entwicklungen hinsichtlich einer geplanten Verlagerung des Mutterhauses der Meyer-Werft in Rostock nach Luxemburg treffen daher bei der SPD-Kreistagsfraktion auf Unverständnis und sprechen nicht gerade für eine gute Kommunikation.

Ohne Masterplan wären dunkle Wolken über die Meyer-Werft und die gesamte Hafenwirtschaft an der Ems aufgezogen, weil die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik angestrengt hätte. Grote: „jetzt müssen die Beteiligten Ergebnisse liefern“.

Die Kreistagsabgeordneten diskutierten neben dem Masterplan weitere europäische Themen wie die neue rechtsradikale Fraktion im EU-Parlament unter Marie Le Pen und das geplante Freihandelsabkommen EU – USA (TTIP). Die Kreistagsabgeordneten begrüßten, dass bei der jüngsten Europawahl erstmals Spitzenkandidaten nominiert worden seien.

Ein weiteres Gespräch fand in der niedersächsischen Landesvertretung statt. Dabei ging es im Schwerpunkt um die zügige Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat (FFH) – Richtlinie. Die Einhaltung der Richtlinie würde sehr streng geprüft werden, so der Vertreter der Landesvertretung.

Weitere Themen waren Fördermöglichkeiten für eine notwendige Sanierung der Seefahrtsschleuse in Papenburg und der aus Sicht der Kreistagsfraktion viel zu langsame Ausbau der Breitbandversorgung insbesondere im ländlichen Raum.

„Es war eine sehr interessante Fahrt von der wir sehr viele politische Anregungen mitnehmen, insbesondere der Blick aus Sicht der EU auf emsländische Projekte hat uns neue Informationen geliefert“, lautet das Fazit der Fraktionsvorsitzenden Karin Stief-Kreihe.

am 13. Juli 2015, 10:09 Uhr

[SPD-KREISTAGSFRAKTION UNTERSTÜTZT DIE IGS LINGEN](#)

Auf völliges Unverständnis bei der SPD-Kreistagsfraktion ist die Ablehnung der CDU für den Antrag der Grünen auf Einrichtung eines Arbeitskreises zur Untersuchung von Möglichkeiten für die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Lingen gestoßen.



Rolf Hopster

„Wenn die IGS Lingen Auszeichnungen und überregionale Preise erhält stellen sich CDU-Politiker gerne ins Rampenlicht und schmücken sich mit fremden Federn, wenn es aber darum geht Eltern und Schülern eine IGS mit einem durchgängigen Angebot von Klasse 5 bis 13 zu ermöglichen sind die gleichen Politiker noch nicht einmal bereit darüber nachzudenken,“ zeigt sich die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe empört über das Verhalten der CDU.

Bei einem Besuch der Fraktion an der IGS Lingen machte der Schulleiter Martin Weber, selbst Gymnasiallehrer, deutlich, dass bisher kein Gymnasium wegen einer IGS schließen musste. „Nach Angaben der Schule erhalten rund 60 Schüler der IGS einen erweiterten Sekundarabschluss I. Das sind deutlich mehr als die erforderlichen 54 Schüler für die Einrichtung einer Oberstufe. Stattdessen verlässt ein Großteil der Schüler das Emsland und besucht die IGS in Rheine,“ erläutert der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Rolf Hopster, die aktuelle Situation. Die SPD möchte die Schüler, die an der IGS Lingen bis Jahrgang 10 ausgebildet werden und danach kreisfremde Schulen besuchen, im Emsland halten. Wahlfreiheit, Elternwahlrecht, große Worte, die für die CDU im Zusammenhang mit der IGS Lingen keine Rolle spielen.

„Wir werden die IGS Lingen auch weiterhin in ihrem Bemühen auf Einrichtung einer Oberstufe unterstützen“, erklärte Rolf Hopster.

am 06. März 2015, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION STIMMT FÜR DEN MASTERPLAN-EMS

Als Chance für die Region sieht die SPD-Kreistagsfraktion die Umsetzung des Masterplan-Ems. „Es ist uns klar“, so die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe, „dass im Laufe des Umsetzungsprozesses über einen Zeitraum von 35 Jahren sicherlich noch manche Hürde genommen werden muss. Wir sollten aber im Interesse der Region das Zepter des Handelns nicht aus der Hand geben.“



-
Die SPD-Kreistagsfraktion hatte die SPD-Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder, zu einem Informationsgespräch und Gedankenaustausch eingeladen. Dabei ging Johanne Modder auf die besonderen Probleme des Landkreises Leer ein, der sicherlich hinsichtlich des Umsetzung mit der Bereitstellung von 700 ha Fläche am stärksten betroffen ist.

Hintergrund ist die Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, der Vogelschutz-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie und das damit drohende Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik Deutschland – ein seit Jahrzehnten bestehender Konflikt zwischen EU, Bund., Land und der Emsregion.

Mit den jetzt vereinbarten vertraglichen Regelungen soll der ökologische Zustand der Ems verbessert und die Ems gleichzeitig als leistungsfähige Bundeswasserstraße erhalten werden. Ein wichtiges Anliegen ist die langfristige Sicherung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Dazu gehören nicht nur die Meyer-Werft, sondern auch die vielen 1000 Arbeitsplätze der Zulieferbetriebe in der Region und weit darüber hinaus.

„Wir würden uns wünschen, dass auch die Vertreter der Ems-Achse und die Industrie- und Handelskammern deutlich Stellung beziehen“, so Karin Stief-Kreihe. Unverständlich sei auch das Verhalten der CDU-Landtagsfraktion, die bestehende Konflikte eher schürt und nicht zur Vermittlung zwischen den einzelnen Vertragsparteien beiträgt. Ganz im Gegenteil. Die damalige CDU-Landesregierung hat durch Nichthandeln „geglänzt“.

Bei allen noch bestehenden Schwierigkeiten in der Umsetzung des Masterplans waren sich Johanne Modder und die SPD-Kreistagsfraktion einig: „wir sind froh, dass nun endlich eine Arbeitsgrundlage vereinbart wird, die ein Maßnahmenpaket festlegt, dass die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Emsregion sichern soll.“

am 12. Februar 2015, 10:09 Uhr

ANTRAG DER CDU-KREISTAGSFRAKTION IST AN SCHEINHEILIGKEIT NICHT ZU ÜBERBIETEN

Seit Jahrzehnten kämpft die CDU auf Landes- und Emslandebene gegen die Integrierten Gesamtschulen. Von Einheitsschule und Gefährdung der Bildungslandschaft ist die Rede und erst vor ein paar Tagen veröffentlichte die Emsland-CDU in einem Eigenbericht: „Das werden wir nicht widerstandslos hinnehmen“.



Gesamtschule
Emsland

-

Jetzt musste sich die SPD-Kreistagsfraktion verwundert die Augen reiben. Die CDU-Kreistagsfraktion stellt den Antrag die Gesamtschule Emsland umzubenennen in „Werner-Remmers-Gesamtschule“. Es sollte guter Brauch sein, dass ein Namensvorschlag von der betreffenden Schule erarbeitet wird und jetzt – ausgerechnet bei der Gesamtschule, dem „Lieblingskind“ der CDU wird die Schule im Vorfeld noch nicht einmal informiert, gefragt schon gar nicht. Häufig soll der Name der Schule das Leitbild der Schule zum Ausdruck bringen.

Die Gesamtschule Emsland, Lehrer, Eltern und Schüler/innen warten seit vielen Jahren auf die Einrichtung einer Oberstufe. Die vielen Versuche der SPD scheiterten immer wieder an der Mehrheitsfraktion. Auch Elterninitiativen auf Gründung einer IGS in Aschendorf/Papenburg wurden abgelehnt.

Die Schule soll den Namen eines CDU-Politikers erhalten, der mit dem Aufbau der Schule überhaupt nichts zu tun hatte, denn zur Gründung der Schule war Herr Remmers gar nicht mehr Kultusminister. Die Schule soll den Namen einer Person erhalten, der einer Partei angehört hat, die die Gesamtschulen seit vielen Jahren und auch heute noch bekämpft.

Es ist auch ein Affront gegen die große Elterninitiative, die sich Anfang der 90er für die Einrichtung der IGS stark gemacht hat. Damals gab es keine CDU-Abgeordneten, die sich stark gemacht haben, sondern Sozialdemokraten wie Elke Müller, Harald Höhne und Edeltraut Graeßner. Erst als der Druck groß wurde überredete der damalige Landrat Hermann Bröring die Mehrheitsfraktion dem Druck nachzugeben. Alle, die damals dabei gewesen waren können sich noch an viele, nicht immer schöne Auseinandersetzungen und Debatten im Kreistag und in der Presse erinnern. Und nun

soll ausgerechnet diese Schule einem CDU-Minister als Denkmal gesetzt werden. Es gäbe sicherlich ehrlichere Möglichkeiten die Arbeit von Herrn Dr. Remmers zu würdigen.

„Die Gesamtschule Emsland verdient unseren größten Respekt“, so die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe. „Der große Einsatz und das Engagement der Lehrerschaft, der Eltern und der Schüler/innen hat sich gelohnt. Die Gesamtschule Emsland hat sich weit über das Emsland hinaus einen hervorragenden Ruf erworben. Es bleibt der Wunsch der Lehrerschaft, der Eltern und der Schüler/innen und der SPD-Kreistagsfraktion auf Einrichtung einer Oberstufe. Dazu sollte sich die Mehrheitsfraktion durchringen“.

Karin Stief-Kreihe

Fraktionsvorsitzende, SPD-Kreistagsfraktion

2014

EISENBAHNSTRECKE LATHEN – WERLTE MILLIONEN FÜR EINE STRECKE, DIE KEINER VERMISST?

am 31. Juli 2014, 10:09 Uhr

EISENBAHNSTRECKE LATHEN – WERLTE MILLIONEN FÜR EINE STRECKE, DIE KEINER VERMISST?

Der Landkreis Emsland hat sich erfolgreich um Fördermittel für zwei Eisenbahnstrecken im Emsland beworben. Die Strecke Meppen – Essen (Oldb.), eine der wenigen Ost – West Schienenverbindungen, soll für ca. eine Million Euro saniert und ertüchtigt werden, leider nur für den auf dieser Strecke immer noch gut funktionierenden Güterverkehr. Bei der Bewerbung um die Reaktivierung der Personenbeförderung auf diesem Streckenabschnitt war man leider nicht erfolgreich. Umso wichtiger ist die Ertüchtigung dieser Schienenstrecke, will man bei zukünftigen Reaktivierungsmaßnahmen eventuell doch noch zum Zuge kommen.



-
Ganz anders sieht es bei der zweiten in die Förderung aufgenommenen Strecke Lathen – Werlte aus.

Die Wirtschaftlichkeit dieser Strecke nachzuweisen hat einige Mühe gekostet. Vermisst hat sie in den vergangenen drei Jahren seit der Sperrung ganz offensichtlich niemand. Weder die anliegenden Gemeinden, noch die Unternehmen im Einzugsbereich der Strecke. Keine Anfragen, keine Initiative, nicht das geringste Bemühen, den Schienenverkehr zwischen Lathen und Werlte zu reaktivieren.

Bis jetzt. Hohe Förderquoten scheinen den Impuls gegeben zu haben, eine Strecke zu sanieren, für die es auch auf Nachfrage nur zögerliche Interessenbekundungen (keine Zusagen!) einiger Unternehmen gibt, zukünftig ihre Güter per Schiene transportieren lassen zu wollen.

Man überwand sogar die scheinbar alles zunichtemachende Hürde, dass im Jahr vor Antragstellung Güterverkehr auf dieser Strecke stattfinden musste. Noch im Dezember,

zeitgleich mit der Antragstellung, wurden 150.000 € verbaut um provisorisch einen Güterzug fahren lassen zu können.

Dennoch soll die bereits im Jahr 2011 durch die Landeseisenbahnaufsicht gesperrte Eisenbahnstrecke nun zunächst im Abschnitt Lathen – Sögel, Länge ca. 16 Kilometer, für 5 Millionen Euro saniert werden.

Später könnte der, noch unwirtschaftlichere, zweite Teil von Sögel nach Werlte für weitere 4 Millionen Euro saniert werden.

Der Ausbau und die Ertüchtigung des Schienennetzes ist eine berechtigte Forderung, zahlreiche gute Argumente sprechen dafür und werden von uns Sozialdemokraten mit Nachdruck vertreten.

Aber man kann das Geld, auch Fördergeld immer nur einmal ausgegeben. Und auch wenn eigene Interessen betroffen sind, der mit dem Einsatz der Fördergelder zu erzielende Erfolg muss und darf hinterfragt werden.

Der Landkreis Emsland bekommt die Sanierung einer Strecke, die eigentlich keiner braucht, mit einem Eigenanteil von 10% als Schnäppchen.

Wie die Förderzusage durch Bund und Land volkswirtschaftlich begründet wird, bleibt schleierhaft.

am 29. Juli 2014, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION EMSLAND FORDERT: WEG MIT DEN CSU-MAUTPLÄNEN!

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert die Bundesregierung dringend auf, die allein von der CSU geforderten Mautpläne sofort zu begraben. Hier stehe die Bundeskanzlerin klar im Wort. Sie habe eindeutig im Bundestagswahlkampf erklärt, dass es mit ihr keine Autobahnmaut in Deutschland geben werde, so die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe (Meppen) in einer Pressemitteilung.



Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) will nun eine flächendeckende Maut nicht nur für Autobahnen, sondern für alle Straßen in Deutschland einführen. Eine solche Maut habe gerade in einer Grenzregion wie das Emsland und die Grafschaft Bentheim gravierende Nachteile: Der grenzüberschreitende Verkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden würde hierdurch erheblich belastet. Hier sei den Aussagen der Industrie- und Handelskammern, der Handwerksverbände und auch der Arbeitnehmerorganisationen nur zuzustimmen, die einen erheblichen Rückgang in den Umsätzen befürchten.

Fraktionsvize Willi Jansen (Salzbergen) ergänzte, dass auch die von Dobrindt versprochene Kostenneutralität sich nicht werde halten lassen: Als Folge der Dobrindt'schen Maut sei zu befürchten, dass auch die Niederlande und andere angrenzende Staaten als Reaktion eine ähnliche Maut einführen würden. Hier hätte dann der deutsche Verkehrsteilnehmer ohne einen Ausgleich voll zu zahlen. Letztendlich würden die Mautkosten auch negativ auf die allgemeinen Verbraucherpreise durchschlagen, so die SPD-Kreistagsfraktion.

am 17. Juli 2014, 10:09 Uhr

NAHVERKEHRSPLAN 2014 NENNT KEINE KONKRETE ZIELE

Nach über 10 Jahren wurde der Nahverkehrsplan für den Landkreis Emsland fortgeschrieben und im Juni im Kreistag verabschiedet. Die SPD-Kreistagsfraktion lehnte den Entwurf ab, da keine konkreten Ziele für die kommenden Jahre benannt wurden.



-
Der neue Nahverkehrsplan gibt lediglich die aktuelle Angebotssituation wieder. Unter dem Stichwort „Weiterentwicklung“ finden sich vollkommen unverbindliche Aussagen: „ist zu prüfen“, „ist zu untersuchen“, sollte und kann“, ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen“, sollen „Gespräche geführt werden“. Das ist uns viel zu wenig! Genauso wurden auch die Stellungnahmen der Städte, Gemeinden und Verbände behandelt. So heißt es in den meisten Fällen: „die Formulierung des Nahverkehrsplanes wird nicht geändert“.

Unsere Hauptanliegen sind:

Gründung eines Verkehrsverbundes Emsland mit einem gemeinsamen Tarif.

Verbesserung des Angebotes nicht nur durch neue Linien, sondern auch durch eine bessere Vernetzung und Verknüpfung der bestehenden Angebote.

Verbindungen über die Kreisgrenze hinweg durch Kooperationen mit den Nachbarlandkreisen.

Einführung eines kreisweiten Seniorentickets

Verbessertes Marketing, einheitliche Fahrplangestaltung für den gesamten Landkreis.

Zu den Punkten heißt es in dem Entwurf nur lapidar: „ es sollen Gespräche geführt werden“. Der Landkreis, bzw. die EEB, hatten 10 Jahre Zeit diese Gespräche zu führen, denn im Nahverkehrsplan 2003 stehen fast wörtlich die gleichen Absichtserklärungen, getan hat sich nichts!

Die einzige verbindliche Zielbestimmung im neuen Nahverkehrsplan ist die Umsetzung der Barrierefreiheit bis zum Jahr 2022, allerdings keine freiwillige Regelung des Landkreises, sondern die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben.

Andere Landkreise sind uns bei der Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs weit voraus. Es entstehen immer mehr Verkehrsverbünde mit einheitlichen Tarifen. Wo bleibt der Ehrgeiz, damit wir auch im öffentlichen Personennahverkehr eine Spitzenposition einnehmen können?

am 03. April 2014, 10:09 Uhr

KOMMUNEN FORDERTEN 5% PUNKTE – UND SCHWEIGEN

Die finanzielle Lage mancher Städte und Gemeinden im Landkreis Emsland ist nach wie vor enorm kritisch.



Willi Jansen

-

Der Landkreis müsse in seinem Entschuldungsprozess die zum Teil hochverschuldeten Gemeinden wie in einem „Geleitzug“ mitnehmen, so die SPD. Im vergangenen Jahr sei der Kreis in der Lage gewesen, seine Schulden um 17,3 Millionen EUR zu senken. Das allein sei nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion der schlagende Beweis dafür, dass der Landkreis Emsland den kreisangehörigen Gemeinden zu tief in die Tasche greife.

Obwohl der Landkreis schon im letzten Jahr die Kreisumlage um lediglich nur einen Punkt gesenkt habe, brachte sie ihm eine Mehreinnahme von 200.000 EUR. Wegen der sich weiter verbessernden gesamtwirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland und den daraus resultierenden Bemessungsdaten werde

die diesjährige Senkung der Kreisumlage um den vom Landkreis zugestandenen einen Punkt der Kreiskasse in diesem Jahr ein Plus von fast 7 Mio. EUR einbringen. Im Gegenzug führt die zu geringe Senkung der Kreisumlage in den Gemeinden zu zum Teil aberwitzigen Folgen: Sie müssen trotz der Senkung noch erheblich mehr an Kreisumlage zahlen.

Eine Senkung um zwei Prozentpunkte, wie von der SPD gefordert, wäre kommunalfreundlich gewesen. Auch die Gemeinden müssten in die Lage versetzt werden, Schulden abzubauen und gleichzeitig investieren zu können, so der kommissarische Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Willi Jansen.

am 03. April 2014, 10:09 Uhr

CDU BETREIBT PANIKMACHE

Mit großer Verwunderung haben die emsländischen Sozialdemokraten auf die Berichterstattung und Kommentierung in den emsländischen Ausgaben der NOZ zum Thema "Zusammenführung der Leitungsebene der Regionaldirektion des Niedersächsischen Landesamtes für Geoinformation und Landesentwicklung (LGLN)" reagiert.



Willi Jansen

-
Obwohl im Innenministerium lediglich "geplant" ist, die Leitungsebene der Direktion in Meppen mit der in Osnabrück zusammenzulegen, sprach CDU-Kreistagsfraktionschef Hiebing von einer "Zerschlagung" der Behörde im Emsland. Weiter wurde martialisch dem Minister unterstellt, er sei "wild entschlossen, Meppen zu opfern". Tatsächlich aber sollen alle Katasterstandorte mit ihren Aufgaben erhalten bleiben, so das Innenministerium.

Kommentator Mammes stellte hierzu im Gleichklang mit Hiebing fest: "Bedauerlicherweise halten sich die emsländischen Politiker von SPD und Grünen in dieser Angelegenheit merklich zurück". Richtig ist, dass der kommissarische Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Willi Jansen, auf diese Vorhaltungen erklärt hat, dass sich die SPD im Emsland **für den**

Erhalt der Führungsebene in Meppen einsetzen werde. Hierbei hatte er allerdings von Hiebing und Landrat Winter eingefordert, dass sie sich diplomatischer verhalten und in der Diskussion "eines gemäßigten Tones befeißigen" sollte. Martialisches Gehabe sei in der Sache nur schädlich. Zudem habe die damalige die CDU-geführte Landesregierung alle Bezirksregierungen aufgelöst, ohne dass jemand von einer "Zerschlagung" gesprochen habe.

am 28. März 2014, 10:09 Uhr

BELASTUNG DES MEPPENER GRUNDWASSERS DURCH TRICHLORETHEN – KREISINITIATIVE ZUR ERHALTUNG DER ARTENVIELFALT

In der Ausgabe der MT vom 19.03.2014 wurde wiederum über die Grundwasserbelastung durch Trichlorethen in Meppen berichtet. Nicht nachvollziehbar ist, so der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Natur, Ulrich Wilde, dass offensichtlich noch Teile der Informationen über die Ursachen der Verseuchung der Geheimhaltung unterliegen.



Ulrich Wilde

-

Es müssen alle Fakten seitens der Wehrtechnischen Dienststelle offen gelegt werden, um eine erfolgreiche Sanierung zu ermöglichen. Auf diese Informationen ist auch die Kreisverwaltung angewiesen. Diese hat sich in der Vergangenheit um eine vollständige Aufklärung stets bemüht. Bei einer derartig lückenhaften und verspäteten Information seitens des Verursachers muss befürchtet werden, dass das tatsächliche Ausmaß der Umweltschäden noch viel größer ist als bisher angenommen. Es fragt sich bei einer derartigen Informationspolitik auch, welche Umweltsünden noch auf dem Gelände des Eigentümers schlummern. Die Öffentlichkeit hat das Recht, von den Verantwortlichen vollständig informiert zu werden.

Wilde ist der Auffassung, dass dem Fachausschuss alle bislang vorliegenden Fakten vorzulegen sind. Er schlägt ebenfalls eine Ortsbesichtigung im Rahmen einer Ausschusssitzung vor, wobei auch Vertreter der Wehrtechnischen Dienststelle anwesend sein sollten, um die Fragen der Ausschussmitglieder direkt zu beantworten.

Den zunehmenden Artenrückgang in der Natur in den letzten Jahrzehnten betrachten wir mit großer Sorge. Dies betrifft die Tierwelt ebenso wie die Pflanzenwelt. In der Pflanzenwelt sind sowohl die Nutzpflanzen wie auch die übrigen Pflanzen in ihrer Artenvielfalt betroffen. Zur Erhaltung der noch vorhandenen Artenvielfalt ist ein Umdenken in der landwirtschaftlichen Nutzung notwendig. Dies betrifft insbesondere die Nutzpflanzenvielfalt. Nach Schätzungen sind in den letzten 100 Jahren ca. 90 % der Nutzpflanzenarten ausgestorben. Die Hauptursache für den Rückgang liegt in der agroindustriellen Landwirtschaft und in der Konzentration der Saatgutproduktion. Die Saatgutproduktion und die damit verbundenen Patentrechte auf Saatgut liegen in den Händen weniger, oft internationaler, Konzerne. Bei dem modernen Einheitssaatgut spielen traditionelle und kulturelle Aspekte, die Anpassung an regionales Klima und an regionale Böden, die geschmackliche Qualität und die Vielfalt in Form und Farbe keine vorrangige Rolle. Vielmehr sind es wirtschaftliche Aspekte, die im Vordergrund stehen. Dieser verfehlten Entwicklung muss seitens der Politik entgegen gearbeitet werden. Nur dann wird erreicht werden können, dass die noch vorhandene Vielzahl der Kulturpflanzen weiter angebaut werden können und als Kulturpflanzensorten erhalten bleiben. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Ablehnung der EU – Saatgutverordnung in diesem Jahr. Das Europaparlament hat mit großer Mehrheit, die von der EU – Kommission vorgeschlagene Saatgutverordnung abgelehnt. Aus Sicht des Vorsitzenden des Kreisausschusses „Umwelt und Natur“, Ulrich Wilde, soll der Kreis im Rahmen seiner Möglichkeiten die Erhaltung der traditionellen Kulturpflanzen intensiv fördern und hierfür ein Programm aufstellen, in dem die Landwirte, die bereit sind, traditionelle Pflanzenarten anzubauen, auch durch finanzielle Anreize unterstützt werden.

am 14. März 2014, 10:09 Uhr

HAUSHALTSKLAUSUR DER SPD-KREISTAGSFRAKTION

Im Mittelpunkt einer zweitägigen Klausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion stand die Beratung des Kreishaushaltes für das Jahr 2014. Über diesen wird in der Kreistagssitzung am 31.März debattiert und abgestimmt. Die Abgeordneten der SPD stehen dem Zahlenwerk kritisch gegenüber.



Haushaltsklausur der SPD-Kreistagsfraktion

-

Landrat Reinhard Winter und Kämmerin Monika Schwegmann erläuterten am ersten Tag umfassend die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes, stellten die zugrunde gelegten Entscheidungen vor und informierten über die von der Kreisverwaltung vorgesehenen Investitionen. Ein finanzieller Ausgabeschwerpunkt sei, so Landrat Winter, der Jugendhilfebereich mit ca. 74 Mio. Euro. Dieser habe jährlich große Steigerungen zu verzeichnen und müsse im Blick bleiben. Eine Senkung der

Kreisumlage um 1 Prozentpunkt ist laut Winter in diesem Jahr möglich, der Ausblick auf die Entwicklung der Kreisfinanzen in den Folgejahren zeige aber, dass über die Kreisumlage und eventuell sogar deren Erhöhung in 2015 neu zu beraten sei. Stellv. Fraktionsvorsitzender Willi Jansen sieht dies wie seine Fraktionskollegen anders. „Wenn der Kreis in 2013 seinen Schuldenstand von ca. 62 Mio. Euro um über 18 Mio. Euro senken kann, dann muss auch bei den Kommunen des Kreises eine vergleichbare Entlastung durch eine deutliche Senkung der Kreisumlage ankommen.“ Dieses beabsichtige der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Senkung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte und dadurch einer Entlastung der Kommunen um 6 Mio. Euro. Die Abgeordneten diskutierten mit dem Landrat auch den späten Zeitpunkt der Etatberatungen. „Weshalb wird im Kreis erst am Ende des dritten Monats des neuen Jahres der Haushalt zur Abstimmung gestellt?“, fragte Rolf Hopster kritisch nach. Schließlich gebe es Kommunen, die am Ende eines Jahres den Haushalt erstellen und dadurch mit von Parlamenten beschlossenen Finanzdaten in das neue Jahr gingen.

Im weiteren Verlauf der Tagung diskutierten die Abgeordneten Anträge der SPD zum aktuellen Haushaltsentwurf. In erster Linie ging es dabei um den Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen. Peter Kramer stellte den Antrag zum Ausbau des Radweges an der K225 von Geeste bis Groß Hesepe vor, der schon seit vielen Jahren im Gespräch sei, geschehen sei aber nichts, obwohl z.B. auch touristische Belange tangiert seien. Ulrich Ostermann kritisierte, dass die Kreisverwaltung bei der Beurteilung der Notwendigkeit des Ausbaus des Radweges an der K125 zwischen Lahn und Ahmsen die Besucher der Freilichtbühne in Ahmsen unberücksichtigt lasse. Gerade in den Monaten der Theateraufführungen sei starker Fahrradverkehr bei gleichzeitigem Autoverkehr festzustellen, was ein Gefahrenmoment bedeute. Beide Anträge wird die SPD-Kreistagsfraktion in die Etatberatung einbringen. Abschließend stellten die Abgeordneten der SPD-Fraktion fest, dass es dem Kreis auch aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklungen in den Kommunen finanziell sehr gut gehe und insofern auch in Zukunft eine Entlastung der Kommunen möglich sei.

am 12. Februar 2014, 10:09 Uhr

SENKUNG DER KREISUMLAGE

Bereits mit Datum vom 27. November 2013 beantragte die SPD-Kreistagsfraktion Emsland für den Haushalt 2014 die Senkung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte.



-

Die Sozialdemokraten begründeten ihren Vorstoß mit der durchaus guten Finanzausstattung des Landkreises Emsland, die auch im Haushaltsjahr 2014 erwartet werde. Die gute Finanzsituation des Landkreises dokumentiere sich in einem beschleunigten Schuldenabbau durch vorzeitige Kreditablösung. Leider, so die SPD, könnten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden damit nicht Schritt halten. Die finanzielle Entwicklung des Landkreises und der meisten emsländischen Kommunen drifteten immer weiter auseinander. Auch die Städte und Gemeinden müssten in die Lage versetzt werden, ihre Schulden abzubauen. Zurzeit fände ein eher einseitiger Schuldenabbau auf Kreisebene statt, der größtenteils aus Mitteln der Kreisumlage erfolge. Des Weiteren sei auch zu überprüfen, ob alle Ausgaben des Landkreises tatsächlich der Wahrnehmung von Kreisaufgaben dienen würden. Hier nannten Sozialdemokraten als Beispiel die Beteiligung des Landkreises an „ev1.tv“.

Die nunmehr vom Landrat vorgeschlagene Senkung um lediglich nur einen Punkt sei nicht ausreichend, erklärte abschließend der kommissarische Fraktionsvorsitzende Willi Jansen (Salzbergen).

am 10. Februar 2014, 10:09 Uhr

LÜCKENSCHLUSS IM RADWEGENETZ

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den Radwegelückenschluss an zwei Kreisstraßen. Hierzu stellte sie den Antrag für die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen der zuständigen Ausschüsse sowie des Kreistages.



-

An der Kreisstraße 125 fehlt der Radweg zwischen der Gemeinde Lahn (SG Werlte) und dem Ortsteil Ahmsen der Gemeinde Lähden (SG Herzlake). Die Dringlichkeit dieser Baumaßnahme sei hinlänglich bekannt und nicht nur von Bürgern und Vereinsvertretern aus beiden Orten unterstrichen worden, auch die Gemeinde Lahn hat den Bau dieser ca. drei Kilometer langen Lücke im Mai 2013 beantragt, so der Kreistagsabgeordnete Heinz Schwarte aus Werlte. Der Zeitpunkt ist nach Auffassung der SPD- Kreistagsfraktion zurzeit auch günstig, weil das Land Niedersachsen mit einem Sonderprogramm über 32 Mio. EUR Lücken im Radwegenetz schließen möchte, ergänzte der SPD-Kreistagsabgeordnete Ulrich Ostermann (Lähden). Wirtschaftsminister Olaf Lies habe am 13.12. 2013 erklärt, er wolle „die Fahrradnutzung bei uns im Land so attraktiv und so sicher wie möglich machen.“

Wegen der Kürze des Teilstücks sollte diese Maßnahme nach vorne auf die Prioritätsliste gesetzt werden, notfalls sollte der Landkreis wegen der guten Finanzsituation diesen Lückenschluss an seiner Straße auch vorfinanzieren. Nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion ist als weitere Maßnahme der Radwegelückenschluss an der K225 von Geeste bis Groß Hesepe – Torfwerk – L 47 (1. Bauabschnitt ca.4,6 km) und von der L 47 bis zur Rühlerfelder Straße (2. Bauabschnitt ca.1,9 km) ist dringend notwendig. „Die Gefährlichkeit für auf der K 225 fahrende Radfahrer ist ganz besonders dann gegeben, wenn die parallel verlaufenden BAB 31 gesperrt wird und die Kreisstraße dann als Umleitungsstrecke genutzt werden muss“, so der SPD-Kreistagsabgeordnete Peter Kramer (Geeste). Auf einem Großteil der Strecke seien 100 km/h erlaubt. Da das Teilstück inmitten des Naturparks Bourtanger Moor läge, diene die Fertigstellung zudem auch touristischen Zwecken, so Kramer.

Seit Jahren ist der Bau dieser Radwegstrecke zwar im Gespräch und wird immer wieder in die Pla-nungen aufgenommen, aber faktisch geschah dort bisher nichts,

erläuterte Kramer. Diesen Lückenschluss habe die SPD bereits zum Kreishaushalt 2013 erfolglos gestellt, so der kommissarische Fraktionsvorsitzende Willi Jansen, angesichts der derzeit günstigen Förderungsmöglichkeiten durch das Land Niedersachsen sollte die Maßnahme nun aber endlich in Angriff genommen werden.

am 21. Januar 2014, 10:09 Uhr

SPD-KREISTAGSFRAKTION FORDERT AUFKLÄRUNG

Die Meppener Tagespost hat am 14.01.2014 über eine Leckage oder einen Chemieunfall auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle berichtet. Der „Unfall“ soll sich 1996 ereignet haben. Damals fand man leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe im Grundwasser und im Boden, die aus einem Wärme- / Kältehaus als Wärme- und Kühlmittel eingesetzt wurden.



Ulrich Wilde

Bundeswehr verschweigt „Unfall“ auf dem Gelände der WTD

Seit 1996 haben die Verantwortlichen der Bundeswehr die Verunreinigungen des Grundwassers und des Bodens „geheim“ gehalten und die Öffentlichkeit nicht informiert. Inwieweit der Landkreis oder die Stadt Meppen informiert waren und ebenfalls schwiegen möchte die SPD-Kreistagsfraktion genau wissen. Der Vorsitzende des Umweltausschusses, der SPD-Kreistagsabgeordnete Ulrich Wilde hat deshalb eine umgehende Unterrichtung im Umweltausschuss gefordert. Ulrich Wilde, der seit zwei Jahren Vorsitzender des Umweltausschusses ist, hat bereits mehrere Male die „Qualität unseres Grundwassers“ auf die Tagesordnung gesetzt. „Die Verwaltung hat bisher im Ausschuss noch kein einziges Mal über die Auswirkungen der Leckage auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle berichtet, obwohl wir jetzt erfahren mussten, dass die Schadstoffbelastungen längst über das Bundeswehrgelände hinausgehen“, so Ulrich Wilde. Die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe kritisiert, dass es von Seiten der Bundeswehr keine vernünftigen Angaben gibt, was denn in den vergangenen 18 Jahren eigentlich unternommen wurde, um den Schaden zu beheben und die Bevölkerung nicht darüber informiert wird welches Ausmaß die Verunreinigungen haben. Es ist nicht wirklich beruhigend, wenn die Schadstoffe so tief im Grundwasser fließen,

dass eine Gefährdung der Bevölkerung nicht gegeben sein soll. Wenn ein solcher Unfall über Jahrzehnte „unter den Teppich gekehrt“ wird, müssen wir auch jetzt Zweifel an der Vollständigkeit der Informationen befürchten, gibt Ulrich Wilde zu bedenken.

2013

am 29. November 2013, 10:09 Uhr

SENKUNG DER KREISUMLAGE

Die SPD-Kreistagsfraktion hat für den Haushalt 2014 die Senkung der Kreisumlage um mindestens 2% Punkte beantragt.

SPD-Kreistagsfraktion fordert eine Senkung der Kreisumlage

Die durchaus gute Finanzausstattung des Landkreises Emsland, die auch für das Jahr 2014 erwartet wird, erfordert nach Meinung der Sozialdemokraten eine Senkung der Kreisumlage. Deutlich wird die gute Finanzsituation des Landkreises durch einen beschleunigten Schuldenabbau durch vorzeitige Kreditablösung. Leider können unsere Städte und Gemeinden damit nicht Schritt halten, im Gegenteil, die finanzielle Entwicklung des Landkreises und vieler emsländischer Kommunen driften weiter auseinander. „Auch unsere Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden ihre Schulden abzubauen“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Zur Zeit findet eher einseitiger Schuldenabbau auf Kreisebene statt, der auch aus Mitteln der Kreisumlage (gegenwärtig 46v.H.) erfolgt. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion muss auch geprüft werden, ob alle Ausgaben des Landkreises im Interesse der Städte und Gemeinden liegen und tatsächlich der Wahrnehmung von Kreisaufgaben dienen. Die Beteiligung und Mitfinanzierung eines Fernsehsenders gehört sicherlich nicht zu den Aufgaben des Landkreises. Die Zeit der „ängstlichen Zurückhaltung“ bei den Kommunalvertretern scheint vorbei zu sein, denn auch aus diesen Reihen verstärkt sich der Ruf nach einer Senkung der Kreisumlage.

am 25. September 2013, 10:09 Uhr

GEHEIMNISKRÄMEREI DES LANDKREISES

Der scheinbar geplante Einkauf des Landkreises Emsland in das Regionalfernsehen ev1.tv (Ems-Vechte Welle vom 24.09.) löst bei der SPD-Kreistagsfraktion heftige Kritik aus. Dieser Tagesordnungspunkt steht auch auf der nächsten Kreistagssitzung am 30.9. im nichtöffentlichen Teil. „Dieses Vorhaben wird von der SPD-Kreistagsfraktion abgelehnt“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe.

Karin Stief-Kreihe

-

„Für uns vollkommen unakzeptabel ist die Geheimniskrämerei. Dieser Tagesordnungspunkt gehört in den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung und wir haben auch einen entsprechenden Antrag eingebracht“, so Stief-Kreihe.

Dieses klammheimliche Vorgehen erinnert sehr stark an den geplanten Versuch des Landkreises vor einigen Jahren regelmäßig Zeitungsseiten für eine eigene Berichterstattung zu buchen. Man war mit der örtlichen Berichterstattung über die Leistungen des Landkreises nicht zufrieden. Dank heftiger Kritik verschwand die entsprechende Vorlage der Kreisverwaltung in der Versenkung. Jetzt der erneute

Versuch über eine Beteiligung des Landkreises an dem Regionalsender ev1.tv. „Schon allein die Vorgehensweise des Landkreises, der scheinbar eine öffentliche Debatte über den geplanten Einkauf in das Regionalfernsehen scheut, mache deutlich, dass Informationen an die Bürger und Bürgerinnen nur ganz gezielt weitergegeben werden“ kritisiert Karin Stief-Kreihe.

Erinnert werden muss auch an die Verleihung des emsländischen Medienpreises. Verfasser sehr guter, aber durchaus kritischer Berichte über das Emsland durften nicht zu den Preisträgern gehören – nach dem „Spektakel“ verschwand der Medienpreis ebenfalls in der Schublade. Ist das alles Zufall oder will der Landkreis und die CDU-Fraktion das „Meinungsbildungsmonopol“?

Meppen,
Karin
Fraktionsvorsitzende

den

24.9.2013
Stief-Kreihe

am 07. August 2013, 10:09 Uhr

[SOZIALCHARTA FÜR WERKVERTRAGSARBEITER KEINE AUSREICHENDE LÖSUNG](#)

Die aufgedeckten Bedingungen für Werkvertragsarbeiter im Emsland und den benachbarten Landkreisen müssen Startschuss für ein Umdenken in der gesamten Wirtschaft sein. Eine Sozialcharta ist aber kein ausreichender Schritt, um den Missbrauch bei Werkverträgen zu verhindern. Die SPD im Emsland sieht einen bundesweiten Regelbedarf bei Werkverträgen und Leiharbeit.



Peter Raske

-
Lange genug haben alle bei den osteuropäischen Wanderarbeitern hinsichtlich der Entlohnung und Wohnbedingungen die Augen verschlossen. Dies galt sowohl für die Firmen mit ihren Subunternehmen, die Verwaltungen wie auch die Betriebsräte und Gewerkschaften und die politisch Verantwortlichen. Auch die Verwaltung des

Landkreises muss verstärkt die Missstände bekämpfen. Bei den osteuropäischen Wanderarbeitern handelt es sich um Menschen, die sozial gerecht und ihrer guten Arbeit entsprechend entlohnt werden müssen. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt, um Lohndumping zu verhindern. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, die Kontrollen der Arbeitsbedingungen und der Unterbringung zu verstärken. Dafür muss vor allem die Mitbestimmung für die Betriebsräte ausgeweitet werden und für die Bekämpfung von Schwarzarbeit ist beim Zoll eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung notwendig. Auch die Kommunen müssen ihre Kontrollmöglichkeiten mit Hilfe des Baurechts und des Brandschutzes wahrnehmen. Der Landkreis Emsland sollte sich an dem Vorgehen des Landkreises Cloppenburg orientieren. Er schiebt einer menschenunwürdigen Unterbringung von Arbeitskräften mit der Kontrolle von 256 Adressen im gesamten Landkreis einen Riegel vor und hat Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Darüber hinaus sind die Auflagen für die Unterbringung von Werkvertragsarbeitern der Kreisverwaltung Cloppenburg schärfer als im Emsland.

am 04. Juni 2013, 10:09 Uhr

BÖDEN IM EMSLAND: KEINE BELASTBAREN UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE!

Wie ist es um die Qualität der emsländischen Böden bestellt? Welche Belastungen resultieren aus den Rückständen des Einsatzes diverser Schädlingsbekämpfungsmittel? Wie stark ist die Erosion der Humusschichten? Wie steht es um den biologischen Zustand unserer Böden? Wie stark belastet die Verdichtung durch schwere landwirtschaftliche Maschinen unsere Böden?



Ulrich Wilde

All diese Fragen konnten bislang in zwei Sitzungen des Kreisausschusses für Umwelt und Natur nicht ausreichend beantwortet werden, stellt der Ausschussvorsitzende Ulrich Wilde fest. Die letzte Sitzung des Ausschusses habe gezeigt, dass hinsichtlich des Zustandes der Böden im Landkreis Emsland belastbare Untersuchungsergebnisse nicht vorliegen, so Wilde weiter. Dem Ausschuss wurde berichtet, dass die lückenhaft vorliegenden Daten aufgrund von Datenschutzbestimmungen in Niedersachsen nicht veröffentlicht werden dürften. Da aber für andere Bundesländer entsprechende Daten vorliegen, sei die Argumentation nicht nachvollziehbar.

Ein gesunder Boden ist einer der wichtigsten Grundlagen unserer Ernährung. Um so erstaunlicher ist es, dass der derzeitige Zustand der emsländischen Böden weder bei der Kreisverwaltung noch bei den Fachbehörden bekannt ist. Nur Teilaspekte, wie Versorgung mit einigen Mineralien, sind teilweise, jedoch nicht flächendeckend bekannt. Dieses Defizit gilt es auch im Landkreis Emsland aufzuarbeiten. Hier ist die Politik gefragt, so Wilde. Bodenschutz ist auch vorbeugender Grundwasserschutz.

Der Boden ist durch viele Einflüsse gefährdet. Zu nennen sind hier z. B. die Versiegelung, der Humusverlust, die Verdichtung, die Versalzung sowie die Schadstoffbelastung. Schwermetalle und andere Chemikalien wie z.B. Arzneimittelrückstände und Pestizide können über die Luft, die Niederschläge und das Aufbringen von Substraten (Düngemittel, Klärschlamm etc.) in den Boden gelangen und zu Umweltbelastungen führen.

Ziel der SPD-Fraktion ist laut Ulrich Wilde die Erarbeitung fachlicher Grundlagen zum Bodenschutz und zum Bodenzustand im Emsland. Nur wer die tatsächliche Situation und die erforderlichen Fakten kenne, sei in der Lage verantwortlich zu planen und zu entscheiden. Da gerade auch für die Landwirtschaft ein intakter Boden lebensnotwendig ist, müssten auch die Landwirte an entsprechenden Untersuchungen interessiert sein. Besondere Aufmerksamkeit erfordern in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Monokulturen, der ausufernden Massentierhaltung und das Aufbringen von Klärschlamm, Gülle und Reststoffen der Biogasanlagen auf den Zustand unserer Böden. Zu untersuchen ist auch, welche Wechselwirkungen zwischen dem Rückgang der Artenvielfalt bei Flora und Fauna und dem Zustand der Böden bestehen. Die SPD-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang eine enge Zusammenarbeit mit den Natur- und Umweltschutzverbänden sowie den Landesämtern und der Landwirtschaftskammer.

Als Beispiel für eine Bodengefährdung führte Ulrich Wilde die Bodenerosion an. Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Verluste durch Bodenerosion die Bodenneubildungsrate erheblich übersteige.

2012

am 13. Februar 2012, 10:09 Uhr

ROSINENPICKEREI VERHINDERT

Zufrieden zeigt sich die SPD-Kreistagsfraktion mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses von Bund und Ländern zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz.



„Endlich hat das parteipolitische Gerangel der Regierungsfractionen um das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ein Ende“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Monatelang hatte die FDP das Gesetzgebungsverfahren blockiert. Sie wollten den privaten Entsorgern den Zugriff auf alle Wertstoffe aus dem Hausmüll verschaffen, mit dem Ziel: Die Gewinne den Privaten, die Verluste den Kommunen. Die Bundesregierung scheiterte mit ihrem Gesetzentwurf an den Ländern, die dieses Spiel zu Lasten der Kommunen, zu Lasten der Gebührenstabilität für die Bürgerinnen und Bürger nicht mitmachen wollten.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat die Resolution der kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im letzten Jahr in den Kreistag eingebracht. Fast in allen Kreistagen in Niedersachsen gab es einstimmige Beschlüsse. Nur die Landesregierung unter der Federführung des damals noch amtierenden Umweltministers, Herr Sander und die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag forderten eine noch über den Gesetzentwurf hinausgehende Ausweitung der gewerblichen Sammlung – und die CDU-Fraktion traute sich monatelang nicht den Mund aufzumachen. Sie reagierte auch nicht auf die „Hilferufe“ ihrer CDU Kommunalpolitiker/innen.

„Im Interesse von Verbrauchern, Beschäftigten und der Umwelt bleibt es bei der kommunalen Zuständigkeit“, so die Kreistagsabgeordnete Dorothea Schmidt. Die Planungssicherheit für Kommunen, öffentlich-rechtliche Entsorger und von Kommunen beauftragte private Betrieb ist damit vorläufig gesichert. Die Gebührenstabilität im Abfallrecht ist somit dank der gemeinsamen Anstrengungen von SPD und den kommunalen Abfallentsorgern weiterhin gewährleistet.

Die Bundesregierung ist nun gefordert, schnellstens die im Gesetz angekündigten Verordnungen vorzulegen. „Wir werden wachsam bleiben“, betont Karin Stief-Kreihe, „denn auch bei dem angekündigten Wertstoffgesetz muss die kommunale Zuständigkeit bewahrt bleiben“.

am 07. Februar 2012, 10:09 Uhr

MANGELHAFTE GRENZÜBERSCHREITENDE BETEILIGUNG BEIM BAU VON HÄHNCHENMASTANLAGEN?

Zunehmende Beschwerden aus den Niederlanden über Beeinträchtigungen durch den Bau von großen Hähnchenmastanlagen im Grenzbereich veranlassen die SPD-Kreistagsfraktion zu einer Anfrage beim Landkreis Emsland.

Eine Niederländerin, die in ca. 1 km Entfernung von der deutsch / niederländischen Grenze wohnt, sieht sich durch einen großen Hähnchenmastbetrieb mit 350.000 Mastplätzen in Rütenmoor in ihrer Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt. Sie beklagt, dass keine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt wurde. Außerdem weist sie darauf hin, dass der Bau von großen Hähnchenmastanlagen im Grenzbereich zunimmt und zu einer ständig wachsenden Belastung für die Niederländer führt. Die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion finden Sie unter „Unsere Arbeit – Anfragen“

am 06. Februar 2012, 10:09 Uhr

E 233 – DREI ANSCHLUSSSTELLEN FÜR MEPPEN

Nach dem die Planungen der Trassenführung für die E 233 in drei Bürgerversammlungen mit durchaus positiver Resonanz in Herzlake und Haselünne vorgestellt und erörtert wurden, warten die Meppener nun auf die Vorstellung der Planungen für den Abschnitt Meppen. Auch für diesen Abschnitt sollen zwei Bürgerversammlungen stattfinden, erläuterte die Kreistagsabgeordnete und Ratsfrau Karin Stief-Kreihe auf einer Klausurtagung des Ortsvereinsvorstandes und der Ratsfraktion Meppen.



Die erste Bürgerversammlung für den Bereich Versen soll in Kürze erfolgen, für den Bereich Dürenkämpe / Bokeloh benötigt die Kreisverwaltung noch etwas Zeit, da die Planungen noch nicht ganz abgeschlossen sind.

„Fest steht“, so Karin Stief-Kreihe, „ es werden für den Abschnitt Meppen drei Abfahrten vorgestellt“. Nach dem Autobahnkreuz E 233/A31 liegen die Abfahrten im Bereich Versen/Tunteler Str., Stadionabfahrt B70/B402 und Bokeloh/Greco. „Der Vorschlag ist ein Kompromiss“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Andrea Kötter, „der für uns aber akzeptabel ist unter der Voraussetzung, dass ein vernünftiges Ersatzwegenetz die Anbindung u.a. der Gewerbegebiete, der JVA und der Dürenkämpe sicherstellt“. Im Bereich Goldbach wird vorgeschlagen, durch die Verlängerung der K 260 die Anbindung an die E 233 sicherzustellen. Auch die Frage, wer die notwendigen Anbindungen bezahlt, wird bei der weiteren Planung noch eine große Rolle spielen.

In der SPD Stadtratsfraktion ist man sich einig, dass die Planungen und damit die Maßnahme insgesamt nicht durch Forderungen behindert und verzögert werden dürfen, die nicht durchsetzbar sind. Die SPD Fraktionen auf Kreis- und Stadtebene haben sich immer für konstruktive Verhandlungen und einen zügigen Ausbau der E 233 ausgesprochen. „Wenn man sich die Situation vor Ort genau anschaut, ist nachvollziehbar, dass der Bund die gewünschte vierte Abfahrt Europark ablehnt, das Autobahnkreuz ist nur ca. 700 m davon entfernt“, so Stief-Kreihe. Im Bereich Goldbach soll eine Verlängerung der K 260 die Anbindung an die E 233 sicherstellen. Grundlage für die weiteren Feinplanungen ist die Festlegung der Abfahrten, dazu sollte nun auch der Rat der Stadt Meppen Stellung beziehen. „Seit längerem fordern wir einen Sachstandsbericht von Seiten der Stadt“, erläuterte Andrea Kötter, „bislang allerdings ohne Erfolg, obwohl die Stadtverwaltung in die Planungen des Landkreises eingebunden ist.“

am 04. Februar 2012, 10:09 Uhr

KULTUR- UND MEDIENPOLITIK STANDEN IM MITTELPUNKT

Einen ganzen Tag verbrachte die kultur- und medienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Daniela Behrens, in Meppen, Lingen und Geeste. Auf dem Programm standen die Kunstschule Meppen, der neue Regionalsender ev1.tv und die Verleihung des Museumspreises 2011 der Niedersächsischen Sparkassenstiftung an das Moormuseum Emsland. Begleitet wurde Daniela Behrens von Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion.



In dem gemütlichen Cafe an der Koppelschleuse stellte Burkhard Sievers, Leiter der Kunstschule Meppen, die Arbeit der Einrichtung vor. Schwerpunkte sind die Kinder- und Jugendkulturarbeit mit einer Vielzahl von Angeboten. Verstärkt werden Kurse im Rahmen der Ganztagschulen angeboten. Vorgestellt wurde auch das Modellprojekt „Kunstschule 2020“ – Neue Strukturen für kulturelle Teilhabe. Die Meppener Kunstschule hat sich weit über das Emsland hinaus einen Namen gemacht. Das ist vor allen Dingen dem großen Engagement von Burkhard Sievers zu verdanken. Herr Sievers ist auch Vorsitzender der Landeskunstschulen in Niedersachsen. Eine weitere Etappe war das Fernsehstudio ev1.tv. Der Produktionsleiter Alex Backers führte die Gäste durch die Studioräume und gab einen Überblick über die Produktionen des Senders. Der Start von ev1.tv war der 20. Oktober 2011 und innerhalb der erst kurzen Sendezeit erfreut sich das Regionalfernsehen bereits einer großen Resonanz. Ein Wermutstropfen gibt es allerdings doch, der Sender kann zur Zeit noch nicht im nördlichen Emsland empfangen werden. Die Verantwortlichen des Senders haben aber bereits einen Antrag bei der niedersächsischen Landesmedienanstalt gestellt, um von der Kabelkopfstation Leer das Programm einspeisen zu können. Den Abschluss der Bereisung bildete der Besuch im Emsland-Moormuseum. Das Emsland-Moormuseum erhielt von der Niedersächsischen Sparkassenstiftung den Museumspreis 2011 für seine hervorragende Entwicklung zu einem führenden Moormuseum in Europa. „Ich bin beeindruckt von den vielfältigen Angeboten, dem großen Engagement und den zahlreichen Kooperationen, die im Bereich der Kultur- und Medienarbeit im Emsland entstanden sind“, betonte Daniela Behrens, „leider werden die Vorteile einer intensiven Zusammenarbeit gerade im Bereich der Kulturarbeit noch nicht überall in Niedersachsen genutzt.“

am 03. Februar 2012, 10:09 Uhr

MINISTERIN ÖZKAN WAR AM FALSCHEN ORT

Auf dem Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Meppen war die niedersächsische Sozialministerin Özkan voll des Lobes für das Emsland. Sie sprach sich für eine dezentrale Krankenhausstruktur aus, denn in Notfällen benötigten die Patienten eine schnelle Versorgung vor Ort.

Sehr gut, Frau Ministerin. Zur gleichen Zeit demonstrierten in Papenburg mehrere hundert Bürger und Bürgerinnen für den Erhalt der Frühchenstation im Marienhospital. Wäre da ihre Anwesenheit und Solidarität mit den Papenburgern nicht angemessener gewesen? Die Ministerin hätte ihren Besuch im Emsland für ein Gespräch über die aktuellen Probleme des Marienhospitals in Papenburg nutzen können. Ein Neujahrsempfang, Hände schütteln und der Austausch netter Worte sind natürlich angenehmer.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert, dass für die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Marienhospitals und dazu gehört auch die Frühchenstation, Lösungen erarbeitet werden. „Für uns ist von großer Bedeutung, dass unsere drei Schwerpunkt-Krankenhäuser in Pa-penburg, Meppen und Lingen auch zukünftig eine flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung sicherstellen“, betonte die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe. Es sei allerdings auch zwingend erforderlich, dass Stadt und Landkreis in den Kuratorien der kirchlichen Krankenhäuser mit Sitz und Stimme vertreten sind. „Das müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, denn schließlich erwarten die Träger bei baulichen Maßnahmen oder notwendigen Investitionen auch die Unterstützung der Kommunen“, so der Kreistagsabgeordnete Peter Raske.

Zuständig für die Krankenhausfinanzierung ist in erster Linie das Land. Nun kann die Ministerin zeigen, ob sie bereit ist, durch Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel, dafür Sorge zu tragen, dass die so gelobte dezentrale Krankenhausstruktur im Emsland mit ihrem gesamten Leistungsspektrum auch weiterhin Bestand hat.

am 03. Februar 2012, 10:09 Uhr

DIE SCHLAGZEILE DER WOCHE

Wir trauten unseren Augen kaum als wir den Bericht über den Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Lingen in der Lingener Tageszeitung lasen (Zitat): „Der gesetzliche Mindestlohn darf nach Auffassung des CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Schiewerling kein Tabuthema mehr sein. Gerade von Unternehmern höre er oftmals: Macht es endlich!“

„Das sagen wir schon lange: Macht es endlich! und hört auf euren Parteikollegen“, fordert der Kreistagsabgeordnete Carsten Primke. „Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 7.3 Millionen Minijobs“, erläutert die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe, „Tendenz weiter steigend“. Die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nehmen zu – Dumpinglöhne unter 5 Euro die Stunde, schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter und –arbeiterinnen, eine rasant auseinander gehende Einkommensschere. Und trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung tut die schwarz-gelbe Bundesregierung nichts dagegen. Im Gegenteil: Einen Gesetzentwurf für einen gesetzlichen Mindestlohn hat sie erst im Januar im Bundestag abgelehnt. „Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl Schiewerling muss da wohl gefehlt haben“, vermutet Carsten Primke. Wie abgebrüht muss man eigentlich sein, wenn man einen gesetzlichen Mindestlohn öffentlich fordert, die notwendigen gesetzlichen Regelungen aber ablehnt?

am 26. Januar 2012, 16:07 Uhr

NATUR- UND UMWELTSCHUTZ IM LANDKREIS EMSLAND – WAS MUSS GETAN WERDEN?

Die neue Wahlperiode bringt auch Veränderungen in der Kreispolitik mit sich. Es gibt nicht nur einen neuen Landrat, auch in der Besetzung der Fachausschüsse gibt es neue „Gesichter“. Im Fachausschuss für Umwelt und Natur stellt die SPD-Fraktion mit dem Kreistagsabgeordneten Ulrich Wilde den Ausschussvorsitzenden.

In der vergangenen Wahlperiode hat sich der Ausschuss vorrangig mit der Ausweisung (oder Löschung) von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten beschäftigt – das ist uns zu wenig! Für uns sind weitere zentrale Themen wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die Qualität unserer Gewässer, Böden und Luft, der Erhalt der Artenvielfalt in Flora und Fauna, die Bereiche Energie- und Klimaschutz viel zu kurz gekommen.

Wir würden gerne mit den emsländischen Naturschutzverbänden das Gespräch führen, um gemeinsam die vorrangigen Themen im Umwelt- und Naturschutz zu besprechen.

Am Freitag, den 13. Januar 2012, fand im Sitzungsraum der Kreistagsfraktion in der SPD Geschäftsstelle in Meppen das Gespräch mit den emsländischen Umweltschutzverbänden statt. Der Einladung waren Vertreter/innen des NABU, des BUND, der Jägerschaft und des Fischereiverbandes gefolgt. Nach einer kurzen Einführung führte der Ausschussvorsitzende Ulrich Wilde die Moderation der Gesprächsrunde. In einer sehr angenehmen Gesprächsatmosphäre und lebhaften

Debatte verständigte man sich auf folgende Themenbereiche: Erhalt der Artenvielfalt, Auswirkungen der Biogasanlagen und der Massentierhaltung, Erstellen von Notfallplänen als Schlussfolgerung aus dem Tankerunglück in Lingen und notwendige Nachuntersuchungen der Flusssedimente (siehe SPD Aktuell Nr. 4). Die Gespräche sollen fortgeführt werden.

am 26. Januar 2012, 10:09 Uhr

ANTEIL DER UNGELERNTEN AN DER ERWERBSBEVÖLKERUNG MUSS NACHHALTIG GESENKT WERDEN

Eine Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) stellt fest, dass die demografische Entwicklung Beschäftigungschancen Ungelernter nicht verbessern wird. Die Auswertungen lassen erkennen, dass die Erwerbssituation der Ungelernten durch den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen, auf denen sie überhaupt Beschäftigung finden, zusätzlich verschärft wird. So liegt das Risiko einer Arbeitslosigkeit bei ihnen etwa dreimal so hoch wie bei Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung.

Um den künftigen Fachkräftebedarf zu sichern, muss nach der Meinung der SPD-Fraktion der Anteil der Ungelernten nachhaltig gesenkt werden. SPD-Kreistagsabgeordneter Peter Raske: „Etwa 60% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen über 25 Jahre beim Jobcenter im Emsland haben keinen beruflichen Abschluss. Hier liegen große Potenziale brach, die es zu fördern gilt.“ Die Qualifizierung dieser Zielgruppe sei die große Herausforderung für eine Förderung der Aus- und Weiterbildung auch durch das Jobcenter des Emslandes. Es gelte, die vorhandenen Fähigkeiten von Ungelernten besser zu erkennen und systematische Qualifizierungen darauf aufzubauen.

„In Anbetracht der Vielfalt und Unterschiedlichkeit dieser Zielgruppe sind flexible Qualifizierungsangebote erforderlich, die einen niedrighwelligen Einstieg erlauben und bis zu einem anerkannten Berufsabschluss führen können“, so Peter Raske. Notwendig seien Qualifizierungskonzepte „von unten nach oben“. Dann könnten bislang ungelernete Erwerbstätige auch durch geeignete möglichst betriebsnahe Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu Fachkräften aufsteigen und für Entlastung auf der Fachkräfteebene sorgen. Weil es sich dabei um längerfristige Maßnahmen mit höherem Betreuungsaufwand durch Fachkräfte handeln muss, benötigen die Jobcenter einen größeren Mittelansatz für Eingliederungsmaßnahmen.

am 10. Januar 2012, 10:09 Uhr

KÜRZUNG DER GELDMITTEL BEI DER EINGLIEDERUNGSHILFE

SPD-Kreistagsfraktion beklagt: 1,7 Mio. Euro weniger Eingliederungsmittel beim Jobcenter des Emslandes Für das Haushaltsjahr 2012 werden den Jobcentern vom Bund 880 Millionen Euro (18.9%) weniger Ausgabemittel für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ (Hartz IV) zugewiesen als 2011.



Peter Raske

Die den einzelnen Jobcentern vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales verordneten Kürzungen im Vergleich zu 2011 bedeuten nach Berechnungen des Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) eine durchschnittliche Kürzung von 18.9 Prozent. Für das Emsland gibt es eine Kürzung von 21.6 Prozent. Es steht also für 2012 1.7 Millionen Euro weniger an Mitteln für die Eingliederung von Arbeitslosen zur Verfügung.

Für den Bundesanteil an den Verwaltungskosten der Jobcenter (84.8%) sind erstmals seit Inkrafttreten des SGB II (2005) mehr Bundesmittel veranschlagt als für die „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“. Dies gilt auch für das Emsland. Dort enthält das Jobcenter 8.292 Millionen Euro für Verwaltungskosten und 6.303 Millionen Euro für Eingliederungsmaßnahmen.

Für die SPD-Kreistagsfraktion ist diese Kürzung nicht hinnehmbar. „Zwar sind die Arbeitslosenzahlen im Emsland auch im SGB II-Bereich stark zurückgegangen, aber die Anforderungen für die Integration der noch arbeitslosen Kunden steigen, so dass eigentlich mehr Geld pro Person aufgewendet werden müsste, um sie in Beschäftigung zu integrieren“ erläutert der Kreistagsabgeordnete Peter Raske. Vor diesem Hintergrund erwartet die SPD-Fraktion vom Landkreis Aussagen darüber, ob die Mittelkürzungen einseitig zu Lasten des Eingliederungsbudgets gehen oder ob es zu Umschichtungen zwischen dem Eingliederungs- und Verwaltungskostenbudget des Jobcenters im Wirtschaftsplan/Haushaltsplan 2012 kommen wird? Gleichzeitig fragt sie, welche finanziellen, inhaltlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2012 für den Landkreis Emsland hat und ob es bereits Überlegungen gibt, wie die Mittelkürzungen aufgefangen werden können ohne die Integrationschancen in Beschäftigung für die betroffenen Menschen zu verschlechtern. Schließlich möchte die SPD-Fraktion wissen, welche Auswirkungen die Mittelkürzungen auf bestehende Verträge mit den verschiedenen Maßnahmenträgern haben.

2011

am 01. Dezember 2011, 10:09 Uhr

KREISTAGSFRAKTION EHRT AUSSCHIEDENDE MITGLIEDER UND DEN LANDRATSKANDIDATEN

Die Kreistagsabgeordneten Georg Tranel, Klaus Dickebohm, Gerrit Meyer, Klaus Fleer, Edeltraud Graeßner und Jürgen Schonhoff werden dem neuen Kreistag nicht wieder angehören.



Zur Verabschiedung trafen sich die Mitglieder der Kreistagsfraktion, der Kreisvorstand und die Ortsvereinsvorsitzenden, um den ausscheidenden Fraktionsmitgliedern für ihre jahrelange ehrenamtliche Arbeit zu danken. Die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe nahm die Ehrungen vor. „Mit den ausscheidenden Fraktionsmitgliedern verlieren wir viel Fachkompetenz“, so Stief-Kreihe. Georg Tranel und Klaus Dickebohm waren jeweils eine Wahlperiode Vorsitzende des Schulausschusses (Tranel von 2006-2011, Dickebohm 2001-2006) und des Umweltausschusses (Dickebohm von 2006-2011, Tranel von 2001-2006). Im Bereich Abfallwirtschaft war Klaus Dickebohm zeitweise „Einzelkämpfer“ für die SPD-Fraktion. Edeltraud Graeßner engagierte sich im Sozial- und Beteiligungsausschuss, Gerrit Meyer im Ausschuss für Kreisentwicklung und im Ausschuss für Kultur und Tourismus, Klaus Fleer im Beteiligungs- und Feuerschutzausschuss und Jürgen Schonhoff im Jugendhilfeausschuss, insbesondere für den Sportbereich und im Ausschuss für Kreisentwicklung. Daneben übernahmen die Abgeordneten noch zahlreiche Aufgaben in den verschiedensten Beteiligungsgremien des Landkreises.

„Wir werden euch vermissen und setzen darauf, dass ihr uns auch „außerhalb“ des

Kreistages weiterhin mit Rat und Tat zur Seite steht“, wünschte sich Karin Stief-Kreihe stellvertretend für die Mitglieder der Kreistagsfraktion.

Im Namen des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion dankte die Kreisvorsitzende Andrea Kötter dem SPD-Landratskandidaten Dr. Friedhelm Wolski-Prenger für seinen engagierten Wahlkampf. „Ich glaube viele Bürgerinnen und Bürger ahnen gar nicht wie viel Zeit, Arbeit, Ausdauer, vor allen Dingen persönlichen Einsatz du gebracht hast. Wir danken aber auch deiner Familie, die dich unterstützt und sogar auf den Familienurlaub verzichtet hat“, würdigte Andrea Kötter die Arbeit von Dr. Friedhelm Wolski-Prenger.

Manchen Geehrten war es anzumerken, dass an dem Vormittag auch ein bisschen Wehmut aufkam, aber auch Freude über die gewonnene Zeit, die man jetzt mit der Familie und privaten Hobbys verbringen kann. Abschied aus der Politik wollte allerdings keiner nehmen. Alle engagieren sich auch weiterhin in ihren Ortsvereinen, Gemeinde- oder Stadträten.

am 04. November 2011, 10:09 Uhr

WIE GEHT ES WEITER MIT DER TRANSPAPID VERSUCHSANLAGE

SPD Kreistagsfraktion stellt Anfrage an den Landkreis Mit den widersprüchlichen öffentlichen Darstellungen zur weiteren Nutzung der Transrapid Versuchsanlage beschäftigt sich die SPD-Kreistagsfraktion. „Es werden „Erfolgsmeldungen“ verkündet und gleichzeitig erhalten die 52 Mitarbeiter/innen der Versuchsanlage die Kündigung“ kritisiert der Kreistagsabgeordnete Manfred van Berkum aus Lathen die Vorgehensweise der IABG.



Medienberichte zufolge soll die Anlage als Forschungszentrum für Elektromobilität genutzt werden. Ein entsprechendes Konzept hatte der Landkreis Emsland dem Bund vorgelegt. Im Gespräch war die Erforschung einer kabellosen Stromübertragung mittels einer induktiven Batterieaufladung von Elektrofahrzeugen. „Dazu passe allerdings kaum die Entlassung der Mitarbeiter, deren Erfahrungen man schließlich nutzen wolle“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe.

In einer Anfrage an den Landkreis Emsland verlangt die SPD-Kreistagsfraktion Aufklärung über den aktuellen Sachstand. Dabei geht es um die Frage, ob es tatsächlich die Möglichkeit einer Nachnutzung geben wird oder ob die Anlage abgebaut werden muss. Falls es die reelle Chance einer Nachnutzung gäbe, wollen

die SPD-Kreistagsabgeordneten wissen, warum für alle Mitarbeiter Kündigungen ausgesprochen wurden. Weiter ist ungeklärt, wer die Verantwortung für ein Nachfolgeprojekt tragen sollte und letztendlich wie sich die Gesamtfinanzierung darstelle.

am 08. Oktober 2011, 10:09 Uhr

VERHALTEN DES UBF UND DER UWG IST UNANSTÄNDIG

Die schamlose Wählertäuschung des Unabhängigen Bürgerforums (UBF) in Papenburg, unterstützt durch den Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG), Günther Pletz, wird auch Auswirkungen auf den emsländischen Kreistag haben, befürchtet die SPD Kreistagsfraktion.

Wie berichtet hat der Papenburger Volker Eissing (UBF) auf sein Kreistagsmandat verzichtet. Auch dessen Nachrücker Bernie Kruse (UBF) soll verzichten, damit der Aschendorfer Hermann-Josef Abeln das Kreistagsmandat erhalten kann. Als Gegenleistung hat Abeln (UBF) auf sein Stadtratsmandat in Papenburg verzichtet. Nun will der Fraktionsvorsitzende der UWG, Günther Pletz, daraus Profit schlagen und Abeln in die Fraktion der UWG aufnehmen. Von schon erfolgten Angeboten hinsichtlich der Besetzung von Ausschüssen ist die Rede. „Auf diese Weise wird der Wählerwille mit Füßen getreten – ein einmaliger und ungeheuerlicher Vorgang“, kritisiert die SPD-Fraktionsvorsitzende Karin Stief-Kreihe.

„Damit wird deutlich“, so Stief-Kreihe, „dass Günther Pletz und die UWG, die immer wieder den Schild von mehr Bürgernähe und Transparenz scheinheilig vor sich her tragen, politischer Anstand und das Votum der Wählerinnen und Wähler vollkommen egal sind, wenn es um den eigenen Vorteil geht.“

Diese Vorgehensweise, so befürchten die Sozialdemokraten, trüge zur Politikverdrossenheit bei und führt dazu, dass die Wahlbeteiligung immer weiter zurückgehen werde. Zu Recht fühlen sich die Wähler verschaukelt, wenn Kandidaten, die sie aus Überzeugung gewählt hätten nach der Wahl ihre Posten untereinander und über Fraktionsgrenzen hinweg verhöckerten.

am 27. September 2011, 10:09 Uhr

KARIN STIEF-KREIHE ZUR FRAKTIONSVORSITZENDEN WIEDERGEWÄHLT

Auf der konstituierenden Sitzung der SPD Kreistagsfraktion wurde die Meppenerin Karin Stief-Kreihe erneut einstimmig zur Fraktionsvorsitzenden der SPD Kreistagsfraktion gewählt.



SPD-Kreistagsfraktion

Im Amt bestätigt wurde ebenfalls Willi Jansen, Salzbergen, als 1. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Heinz Schwarte, Werlte, gewählt. Fraktionsgeschäftsführerin ist Dorothea Schmidt aus Esterwegen.

Karin Stief-Kreihe konnte sieben neue Kreistagsabgeordnete in der SPD Fraktion begrüßen. „Unser besonderer Dank gilt den Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben“ sagte Karin Stief-Kreihe. Die SPD Fraktion hatte bei der Kreistagswahl einen Sitz hinzugewonnen. Die Besetzung der Ausschüsse erfolgt in den nächsten Wochen, die konstituierende Kreistagsitzung findet am 7. November statt.

Einen Schwerpunkt der zukünftigen Kreistagsarbeit äußerte Karin Stief-Kreihe bereits: „Wir werden unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärken und dafür sorgen, dass die Kreistagsarbeit unserer Fraktion für alle Bürgerinnen und Bürger transparent ist. Über eine Veranstaltungsreihe „SPD im Dialog“ wollen wir mit den verschiedensten Organisationen, Vereinen und Verbänden zu aktuelle Themen Gespräche führen.“